

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwalder Zeitung)

Erscheint: Dienstags,  
Donnerstags, Samstags  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen  
Kosten die einspaltige Kolonelleite  
oder deren Raum 15 Pf.  
Für auswärtige Besteller 20 Pf.  
Reklamen 30 Pf.

Bezugspreis  
monatlich 80 Pf., mit Fracht-  
lohn 95 Pf. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.  
auschl. Postgebühren.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 10681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 121.

Samstag, den 12. Oktober 1918.

26. Jahrgang

### Am Wendepunkt der Weltgeschichte.

#### Entscheidende Augenblicke.

Wilson's Antwort auf das deutsche Friedensangebot gibt unzweifelhaft die Möglichkeit zu weiterer Verhandlung; das ist ein weiterer Schritt zu dem erstrebten Endziel, der Welt den Frieden auf jener Grundlage zu geben, die der amerikanische Präsident in seinen Vorschlägen und Kundgebungen vorgezeichnet hat.

Voraussetzung für das Gelingen aller Friedensbemühungen ist natürlich die Möglichkeit der Annahme, daß Wilson ernstlich einen Rechtsfrieden will, einen Frieden, der allseitig befriedigt, der keine unheilbaren Wunden schlägt, und der nirgends und für keine Zukunft einen Stachel zurückläßt. Das zu bezweifeln, liegt vorläufig kein Grund vor.

Wenn Wilson sich an jene vier klar formulierten Programmpunkte hält, die er in seiner bekannten Gedächtnisrede am Grabe Washingtons am 4. Juli 1918 entwickelt hat, dann scheint der Weg angedeutet zu sein, der zum Frieden, und zwar zum Dauerfrieden, führen muß. Die Wahrung dieser vier Prinzipien der nationalen Freiheit, Ehre und wirtschaftlichen Entwicklung ist allerdings eine Forderung, von der kein Volk — ohne sich und seine Zukunft aufs Spiel zu setzen — abgehen kann. Ihnen gegenüber treten die übrigen Friedensbedingungen Wilsons zurück — es wird sich unschwer darüber am Beratendsten eine Verständigung erzielen lassen.

Es muß immer wieder betont werden, und der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat das in seiner Reichstagsrede besonders hervorgehoben, daß wir nicht daran denken, bedingungslos die Waffen niederzulegen. Unsere Heere stehen noch immer ungeschlagen tief in Feindesland, und das deutsche Volk ist nicht so kraftlos, um sich einen Raub- und Vernichtungsfrieden aufzwingen zu lassen. Es will den Frieden, aber einen Frieden, der seine Ehre und seinen nationalen Bestand unangetastet läßt, und der ihm die Luft zum Atmen läßt. Wilson's programmatische Forderungen scheinen dafür eine geeignete Grundlage zu bieten. Die deutsche Regierung hat sie angenommen und wird nunmehr schleunigst auf die Rückfrage des amerikanischen Präsidenten die antwortende Erklärung auf der Basis seiner eigenen Forderungen in klarer, eindeutiger Formulierung abgeben.

Wir im Lande sind uns des Ernstes und der ungeheuren Tragweite der Ergebnisse dieser Stunden wohl bewußt, aber wir können das Ergebnis unseres Friedensschrittes in ruhiger Festigkeit erwarten — wir sind ehrlich zum ehrenhaften Frieden bereit, aber auch bereit, den Vernichtungswillen der Feinde zu brechen.

### Die Neuordnung im Reiche.

Am 8. Okt. 1918 hat der Bundesrat dem Entwurf eines Gesetzes zugestimmt, das mit der eingeleiteten Parlamentarisierung im engsten Zusammenhange steht. Danach soll zunächst Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden, der bestimmt, daß Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besonderes Reichs- oder Staatsamt annehmen. Dann soll im Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 der zweite Satz weggelassen, wonach außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Kanzlers ernannt werden dürfen.

Endlich soll dem ersten Paragraphen desselben Gesetzes von 1878 der Satz zugefügt werden: „Die Stellvertreter des Reichskanzlers müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden.“

#### In der Begründung heißt es:

„Durch Erlass vom 30. September hat der Kaiser seinen Willen dahin kundgegeben, daß das deutsche Volk mehrfacher als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen.“

#### Praktisch von größerem Belang

ist der erste Teil der Entwürfe. Die alte Vorschrift wurde neuerdings, nämlich im Zusammenhange mit

dem Gesetz über die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen vom 24. August 1918 insofern zu unerwünschten Ergebnissen führen, als die in Verhältniswahlkreisen gewählten Mitglieder des Reichstages, die durch die Annahme eines Reichs- oder Staatsamts ihren Sitz im Reichstag verlieren, nicht die Möglichkeit haben, ihn in ihrem bisherigen Wahlkreis wiederzugewinnen, da nach § 15 des Verhältniswahlgesetzes beim Ausscheiden eines in einem Verhältniswahlkreise gewählten Abgeordneten der nächstberechtigte Bewerber ohne Ersatzwahl direkt an seine Stelle tritt.

Die Weiterentwicklung der Reichsverfassung. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, sie habe Grund zu der Annahme, daß außer den bereits früher erwähnten Reformen der Reichsverfassung eine weitere beschlossen sei und demnächst dem Reichstag vorgelegt werde. Sie werde das bisherige Regiment gerade in der für ein Volk allerhöchsten Funktion aufheben.

#### Die Zentrumsmehrheit und Mehrheitsprogramm.

Bei der Beratung des Programms der Mehrheitsparteien in der Zentrumsfraktion am 2. Oktober wurde im Namen eines Teiles der Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

„1. Niemand von uns kann sich dem außerordentlichen Ernst der Lage und der Notwendigkeit, ihr gewisses Opfer zu bringen, verschließen. Der gegenwärtige Augenblick verbietet es, zu den einzelnen Punkten des vorgelegten Programms kritisch Stellung zu nehmen, doch soll das Schweigen keine Billigung aller Punkte bedeuten.“

2. Wir bedauern die Ausschaltung der rechtsstehenden Parteien, welche außenpolitisch wie innerpolitisch bedenklich ist, da sie die dringend nötige Einheit der inneren Front nicht nur nicht herstellt, sondern anschließend mit Vorbedacht durchbricht und dem Prinzip der nationalen Verteilung widerspricht.

3. Andererseits lassen die Verhandlungen sowie die enge, dauernde Verbrüderung mit der Sozialdemokratie und die weitgehende Unterwerfung unter ihre erfahrungsgemäß stets wachsenden Forderungen Ansehen und programmatische Ziele unserer Partei als gefährdet erscheinen.“

Es handelt sich um die dem Grafen Spee nahe stehende Gruppe im Zentrum.

Die „Germania“ schreibt, es sei richtig, daß diese Erklärung in der Fraktionsitzung verlesen worden sei, es ständen vielleicht 6 Mitglieder dahinter. Es handele sich um eine rein platonische Erklärung, die schließlich nicht mehr besagt, als wenn auch in der Sozialdemokratie das eine oder andere Mitglied der Fraktion mit der Taktik der Rettung nicht ganz zufrieden ist. Die Zentrumsfraktion hat die „Erklärung“ entgegengenommen, ohne ihr irgendwelche Folge zu geben. Sie wurde gar nicht erörtert, sondern ohne weiteres vom Vorsitzenden zu den Akten genommen.

### Die Antwort an Wilson verschoben.

Reichstag und Bundesrat sollen zuvor Stellung nehmen.

#### Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die Antwortnote der deutschen Regierung an Wilson ist, wie schon bekannt, zwar dem Prinzip nach und in ihrem politischen Sinne fertig gestellt. Sie wird jedoch heute noch nicht abgehen, da es die Wichtigkeit und die Tragweite der Angelegenheit erforderlich erscheinen lassen, daß auch Reichstag und Bundesrat dazu sich äußern. Der große Ausschuß des Reichstages wird, wie wir von parlamentarischer Seite hören, morgen zusammen treten und so Gelegenheit haben, die Note kennen zu lernen. Ebenso wird sie dem Bundesrat als dem verfassungsmäßigen Organ der verbündeten Regierungen und Träger der Reichsouveränität vorgelegt werden. Erst dann, also wahrscheinlich morgen, wird die Note an die Schweiz zur Vermittlung übergeben und vermutlich auch gleichzeitig veröffentlicht werden.

#### Weiteres Entgegenkommen.

Nachdem der amtliche Wortlaut der letzten Wilson-Note in der Nacht zum Freitag in Berlin eingetroffen ist, ist nunmehr auch über die deutsche Rückantwort nach Washington in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt worden. Die Antwort der deutschen Regierung kommt den von Wilson gestellten Bedingungen sehr weit entgegen, so daß anzunehmen ist, daß damit ein weiterer Schritt zum Frieden getan sein dürfte. Das deutsche Volk wird sich in Unvermeidliches fügen in der Erwartung, daß damit wirklich der gesuchten Mensch-

heit ein dauernder Friedenszustand vermittelt wird, daß also dem deutschen Volke vom Feinde keine Opfer an nationaler Ehre und an selbstbewußtem Zukunftswillen zugemutet werden, die es nie und nimmer auf die Dauer ruhig ertragen könnte.

Ueber die Rückwirkung der letzten Ereignisse auf die von Rußland abgetrennten und von uns besetzten östlichen Grenzländer haben in den letzten Tagen wichtige Beratungen stattgefunden, die noch zu keiner vollständigen Lösung des Problems geführt haben. Auch hier sucht man jetzt aus dem Stadium endloser Ermüdungen zu einem festen Abschluß zu kommen.

#### Wilson's Tonart.

Die „Basler Nationalzeitung“ sagt: „Wilson's Note ist kurz gehalten, aber nicht schroff, und in einem Ton abgefaßt, der die Hoffnung auf Verhandlungen zuläßt. Uns scheint, daß mit unmittelbaren Friedensunterhandlungen bereits begonnen ist.“

#### Friedenskonferenzen in Vailan.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge hatte der Kardinal-Staatssekretär Gaspari eine längere Unterredung mit dem Papste über den Friedensvorschlag der Mittelmächte. Kurz darauf empfing der Papst den belgischen Gesandten in Privataudienz.

#### Wilson und die österreichische Note.

Aus dem Umstande, daß die Beantwortung des österreichisch-ungarischen Friedensschrittes seitens Wilsons noch nicht in Erwägung gezogen wird, schließen Wiener politische Kreise, daß Wilson's Antwort an Österreich-Ungarn erst nach Deutschlands Erwiderung an Wilson erfolgen wird.

#### Grey wieder in Tätigkeit.

Der englische Parlamentarier Major Davies kündigte an, daß der liberale englische Politiker Grey, der zu Kriegsbeginn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten im Kabinett Asquith war, diese Woche eine neue Kampagne zugunsten des Völkerbundes einleiten werde, die hauptsächlich darin bestehen soll, Unterschriften für eine Petition an das Parlament zugunsten der Errichtung eines Völkerbundes zu sammeln.

Eine weitere große Kampagne zugunsten des Völkerbundes wird von dem nationalen „Konzil der freien Kirchen“ eingeleitet werden, das Tausende von Exemplaren der Broschüre Grey's verteilen und durch ihre sehr zahlreichen Ortsgruppen Vorträge über den Völkerbund abhalten lassen will.

#### Ein Schritt der Konservativen.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat dem Reichskanzler ihre schweren Bedenken gegen die Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson ausgesprochen.

Berlin, 11. Okt. Die Note Wilsons, die nunmehr im amtlichen Text in Berlin eingetroffen ist, stimmt fast völlig mit dem vorher übermittelten Text überein. Unsere eigene Note wird voraussichtlich morgen abgehen. Nach unserer Information dürfte die deutsche Antwort entgegenkommend sein und an die Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Note anknüpfen.

#### Konferenzen in Washington.

Genf, 11. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir den „Yponer Blättern“ entnehmen, hat die „Associated Press“ gestern Abend aus Washington folgende offizielle Mitteilung verschickt:

Präsident Wilson hatte heute Konferenzen mit General Marsh und Lansing. Man weiß, daß der Präsident bereit ist, zu handeln, sobald Prinz Max von Baden die von ihm gestellten Fragen beantwortet haben wird. Man muß sich darüber klar sein, daß der Präsident nicht die Absicht hat, sich mit Deutschland in eine Reihe von unfruchtbaren diplomatischen Unterhaltungen einzulassen.

#### Clemenceau's Hoffnung auf das Kriegsende

Basel, 11. Okt. Wie von der französischen Grenze berichtet wird, gab Clemenceau bei einem Besuche in Solothurn seiner Hoffnungslosigkeit für ein nahe Kriegsende Ausdruck. Er vermied jedoch, auf Wilson's Bedingungen näher einzugehen, sagte aber, daß der Abschluß der hoffentlich bevorstehende.



ding des Heeres unter nationalem Kommando. Die Parteien behandeln den Regimentsrat bereits als Lust. Er ist eine deutsch-österreichische Schöpfung, also muß er fallen. Danach bemittelt sich auch der innere Wert des hierher gerichteten Ertrags um Fortbau der militärischen deutschen Disziplin. Wir sind darum gebeten worden, aber die Lage kann sich schnell ändern. Deutschland wird sich gewiß nicht sträuben, so schnell als möglich den Polen die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande selbst zu überlassen.

**Ausland: Japanische Quartiermacher für die Sowjets?**  
Die bolschewistische „Pravda“ meldet, daß sechs japanische Offiziere und 14 Quartiermacher in Krasnojarsk eingetroffen sind.

**Im Gouvernement Vladimir haben die Fabriken die Arbeit eingestellt.** Es sind Todesfälle infolge Hungers vorgekommen.

**Der frühere Höchstkommandierende der russischen Truppen, General Alejew, ist in Jekaterinodar gestorben.**

**Der frühere Kriegsminister Gutschkow, ein ungewisser Abenteuerer, der z. B. auch an dem Burenkrieg teilgenommen hat, ist in Kischin von der Kadettenpartei, der er als Führer angehörte, hingerichtet worden.**

**Türkei: Was geht da vor?**

**„Terhüman-i-Hakikat“ teilt die Einberufung des Parlaments für den 10. Oktober mit. „Chronos“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß die türkische Regierung seinen Entschluß (d. h. in der Friedensfrage) vor dem Zusammentritt des Parlaments fassen werde.**

**Friedrich Karl von Hessen König von Finnland.**

Der finnische Landtag ist nach einer geheimen Sitzung auf Grund von § 38 der Verfassung von 1772 zur Königswahl geschritten. Die Wahl erfolgte durch Klammation, indem die Abgeordneten sich von ihren Sigen erhoben. Die Agrarier und einige wenige Re-



Prinz Friedrich Karl von Hessen, der künftige König von Finnland

publikaner bekundeten durch Eigenbleiben, daß sie an der Wahl nicht teilnehmen. Durch diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt und die Thronfolge seiner Nachkommen festgestellt. Das Landtagspräsidium wurde beauftragt, die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Die Frage, ob Republik oder Königreich, hat den Finnen bekanntlich viel Kopfzerbrechen bereitet. Nachdem nunmehr Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König gewählt worden ist, wozu man auf ein Gesetz aus dem Jahre 1772 zurückgreifen mußte, ist es zweckmäßig, nochmals zu betonen, daß es sich bei der Wahl um eine durchaus innere Angelegenheit Finnlands handelt, die auch von der finnischen Regierung mit ihr in keinerlei Zusammenhang steht. Sollten sich später Schwierigkeiten herausstellen, so ergeben sich für Deutschland keinerlei Verpflichtungen aus dem Umstand, daß der König der Schwager des Deutschen Kaisers ist.

## Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 12. Oktober 1918.

**Der Beginn der Traubenlese ist auf Mittwoch, den 16. d. Mts. festgesetzt worden.**

**Missstände in der Versorgung mit Schuhwerk.** Vielfach hört man Klagen, daß Leder- und Schuhwerk nicht mehr unter 60 M. oder 70 M. zu haben wäre. Es ist zweifellos, daß diese Preise oft gefordert werden. Sofern es sich nicht um Maßschuhwerk handelt, sind diese Forderungen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, aber immer eine Ueberschreitung der vorgeschriebenen Preise. Diese betragen bis auf weiteres für fabrikmäßig hergestellte Schuhwaren mit dem Stempel „September 1918“ oder dem eines späteren Monats bei besser Ausführung, auf Rahmen genäht für Herrenstiefel höchstens 48 M., für Damenstiefel höchstens 44 M. und für Damen-Halbschuhe 38 M. Für mittlere und geringere Fabrikmäßig sind die Preise erheblich billiger, sie gehen bei Herrenstiefeln bis zu 25 M., bei Damenstiefeln bis 22 M. und bei Damenhalbschuhen bis zu 18 M. herunter. Die Preise müssen den Schuhwaren auf der Sohle oder im Schafstücker aufgestempelt sein. Fehlt dieser Stempel, so ist er unrechtmäßig entfernt, zeigt er einen höheren Preis, als er nach den oben gemachten Angaben möglich erscheint, so ist die Stempelung gefälscht. Wer Stempel unkenntlich macht oder fälscht, oder Schuhe zu einem höheren als dem festgesetzten Preise verkauft oder anbietet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M., ferner mit Einziehung der Ware bestraft. Außerdem ist Schließung des Geschäftes zu gewärtigen. Dieser Preiswucher findet sich hauptsächlich im Schleißhandel, der sich durch gefälschte Schuhbedarfscheine oder auf anderen Wegen Schuhwaren zu verschaffen weiß, die aus-gezeichneten Preise einbringt und die Schuhwaren als-

dann unter der Hand mit Zuschlägen von 100 und mehr Prozent weiter verkauft. Eine große Schuld an diesem Preiswucher trägt auch ein Teil der Bevölkerung, die in dem Bestreben, sich mit Leder- und Schuhwerk einzudecken, zur Bezahlung jedes Preises bereit ist. Zumeist sind es nur einmal diejenigen Kreise, die zur Ausübung ihres Erwerbes oder Berufes auf Leder- und Schuhwerk angewiesen sind. Ueber andere Mißstände wird aus Sachkreisen folgendes berichtet: „Die Bildung des Schuh-Syndikates hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Die Schuhhändler sind noch viel größer geworden, obgleich Material zur Herstellung und zu einer besseren Versorgung vorhanden ist. In den Schuhfabriken liegen bedeutende Mengen Leder, die so schnell, wie die Versorgung des Landes wünschenswert erscheinen läßt, nicht verarbeitet werden können. Eine Wiederinbetriebsetzung stillgelegter Betriebe erfolgt sonderbarer Weise nicht in notwendigem Umfange. Die Schuhindustrie verheimlicht ihre Verhältnisse, um die Schuhmacher nicht aufmerksamer werden zu lassen. Die Preise, die unter der Herrschaft des Schuh-Syndikates entstanden sind, sind unerhöht. Der Apparat für die Ueberführung der Schuhwaren aus den Betrieben in den Verbrauch ist so schwerfällig, daß unterweils der größte Teil hängen bleibt, und nur an diejenigen Verbraucher etwas gelangt, die in der Lage sind, die zulässigen und unzulässigen Zwischenwinn zu zahlen. Ein Wettbewerb ist gänzlich aufgehoben, im Gegenteil, das Syndikat zahlt denjenigen Betrieben, welche stillgelegt wurden, so hohe Renten, wie viele derselben in ihrer Tätigkeit früher nie erzielen konnten. Der Leidtragende bei dieser Schuhwirtschaft ist natürlich der Konsument. In eingeweihten Kreisen verspricht man sich eine Besserung in diesen Verhältnissen auch nur für den Fall, daß die jetzt eingerissene Politik gründlich beseitigt wird. Ferner wird darauf hingewiesen, daß auch im Reparaturgeschäft Mißstände herrschen. Es seien Materialien, besonders in Bodenleder, um mindestens 50 Prozent mehr vorhanden, als im Vorjahre und es müßte deshalb eine fortwährende Besserung in der Versorgung der breiten Masse zu beobachten sein. Die Frage der Versorgung mit Schuhwerk ist gerade jetzt zum Winter so wichtig, daß es alle beteiligten Stellen als ihre Pflicht erachten müssen, den Beschwerden nachzugehen und Maßnahmen zu einer durchgreifenden Besserung zu treffen.“

**\* Wegen Verkehrsschwierigkeiten** auf dem Balkan ist die Annahme von Paketen nach Bulgarien und der Türkei vorübergehend gesperrt worden.

**\* Die Bucheckern und die Hackfrucht.** Vielfach ist man darüber in Sorge, daß die Kartoffelernte mit der Bucheckernsammlung zusammenfällt. Für die Ernährung bleibt die Kartoffel wichtiger und darum muß das Kartoffelbuddeln vorgehen. Die Sachlage ist aber folgende: Die für die Delgewinnung brauchbaren Bucheckern fallen gleichzeitig mit dem Laub, alles was früher fällt, ist zumeist entweder nicht gesund oder laub. Die Kartoffelernte ist dann aber zum größten Teil erledigt. Außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die Gegenden mit starkem Kartoffelbau im Allgemeinen nur geringe Buchenbestände aufweisen und daher die Gefahr der Kollision keineswegs stark ist. Wo aber wirklich einmal die Kartoffelernte und die Bucheckernsammlung nebeneinander stehen, können die Bucheckern immer liegen bleiben, da es genügt, wenn sie vor der festen Schnitzdecke gesammelt und ihrer Bestimmung zugeführt werden.

**△ Briefe nach dem Ausland.** Der Oberbefehlshaber in den Marken gibt bekannt: Auf Briefen und Postkarten nach dem Ausland hat der Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben; Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Postverwaltung ausgeschliffen. Falsche Angaben werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Die Verordnung tritt am 15. Oktober in Kraft.

**△ Das Ende der Maßbonbonhererei.** Durch Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ist die gewerbliche Verarbeitung von Zucker zu Süßigkeiten ausdrücklich verboten, soweit der Zucker nicht von der Reichszuckerstelle oder der Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe oder einem kommunalverband für diesen Zweck zugeteilt ist. Danach ist fortan die Herstellung von Süßigkeiten in Lohn nicht mehr gestattet.

**\* Residenztheater.** Wegen Erkrankung des Herrn von der Becke, muß die für Samstag angelegte Uraufführung von „Frauenstreik“ von Leo Karlsen und Alfred Möller, mit der Musik von Fr. Sellert, verschoben werden, und gelangt dafür Samstag und Sonntagabend Sudermanns beliebte Komödie: „Die Schmellerlingsschlacht“ zur Aufführung, während Sonntagnachmittag „Unter der blühenden Linde“ zu halben Preisen gegeben wird.

**\* Bierstahl, 12. Okt.** Gestern abend gegen 7 Uhr passierte ein Bierfuhrwerk unsere Ortschaften. Dasselbe kam von der Isstadler Chaussee her. Es war beladen mit fünf großen Fässern, welche von einer Anzahl kleinerer Fässer fast verdeckt waren. Die Feldgendarmen verfolgten das Gefährt und in der Wiesbaderstraße wurde die Ladung beschlagnahmt. Es stellte sich heraus, daß die großen Fässer Fleisch von zwei frisch geschlachteten Stück Großvieh enthielten. Hoffentlich hat man bald Stark und Ziel dieses Fuhrwerks entdeckt. Dasselbe Fuhrwerk soll schon öfters diesen Weg gemacht haben.

## Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 11. Okt. Antslach. (W.B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Douai setzte der Feind zum Angriff gegen den Trinquige-Abchnitt südlich der Scarpe an. Kanadische Regimenter, die über Caillay hinaus vorzudringen versuchten, wurden unter schweren Verlusten zurückgeworfen.

An der Schlachtfront östlich von Cambrai und St. Quentin sind starke Angriffe des Feindes gegen unsere neuen Stellungen und ihre im Vorgefände belassenen Vortruppen gescheitert. Der Feind stand am Abend etwa in Linie Raves-St. Bast — auf den Höhen westlich von Solesmes und de Cateau, westlich der Linie St. Souplet-Baug-Aubigny-Aisonville und auf dem Westufer der Dife zwischen Origny und La Hère.

Teilangriffe des Gegners bei Berth-au-Bac, an der Aisne, an der Suippes und an der Arnes wurden abgewiesen. Zwischen St. Etienne und der Aisne haben wir unsere Truppen in rückwärtige Linien, beiderseits von Grandpre auf das Nordufer der Aisne blangemäß vom Feinde ungestört zurückgenommen. Auf dem westlichen Maasufer setzte der Feind erneut zu starken vergeblichen Angriffen beiderseits der Straße Charpentry-Romagne an.

Auf dem östlichen Maasufer griff der Amerikaner tagsüber mit starken Kräften zwischen Elvry und dem Saumont-Walde an. Brandenburgische, sächsische, rheinische und österreichisch-ungarische Regimenter hingen im harten Kampf alle Angriffe des Feindes ab. Das österreichisch-ungarische Infanterie-Regiment Nr. 5 unter seinem Kommandeur, Oberstleutnant Popella, zeichnete sich hierbei besonders aus.

Im Monat September wurden an der Westfront 773 feindliche Flugzeuge, davon 125 durch Flugabwehrkanonen, und 95 Fesselballone vernichtet. Davon sind 450 Flugzeuge in unserem Besitz, der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgestürzt. Trotz der vielfach großen zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Gegners haben wir im Kampfe nur 107 Flugzeuge verloren. Der erfolgreiche Kampf in der Luft schuf die Grundlage für das tatkräftige Eingreifen unserer Flieger bei dem Kampf auf der Erde. Durch Ausflüge bei Tage und bei Nacht, durch Bombenangriffe gegen militärisch wichtige Ziele im feindlichen Hinterlande und durch Angriff auf dem Schlachtfeld mit Maschinengewehren und Burminen haben sie Infanterie und Artillerie überall wirksam unterstützt. Trotz hartnäckiger Angriffe des Feindes auf unsere Fesselballone, bei denen wir 103 einbüßten, konnte der Gegner unsere sich rücksichtslos einsetzenden Beobachter an ihrer erfolgreichen Tätigkeit nicht hindern.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz neu eingetroffene Truppen stehen in der Gegend südlich von Risch in Gefechtsstellung mit Serben und Franzosen. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

**Soll die Stahlmauer im Westen ein Loch bekommen, durch das sich der Feind ins Land wälzen kann? Nein! Zeichne die neunte Kriegsleihe!**

### Panikartige Massenflucht vor den „Nettern“.

Das Elend der französischen und belgischen Bevölkerung, die der langsame Vormarsch der Alliierten „befreit“, wächst von Tag zu Tag, und kaum sind unsere militärischen Behörden noch Herr, der wachsenden Panik Einhalt zu tun. Bisher haben wir die Bevölkerung der unmittelbar in der Kriegszone liegenden Ortschaften und Städte abtransportieren können, aber natürlich reichen unsere Transportmittel, die schon von unseren militärisch notwendigen Maßnahmen auf das äußerste in Anspruch genommen sind, keineswegs aus, um die Hunderttausende in Sicherheit zu bringen, die entgegen unseren ausdrücklichen Warnungen sich der allgemeinen Massenflucht auch aus den noch nicht unmittelbar bedrohten Städten anschließen.

Sille, Roubaix und andere Ortschaften beginnen sich langsam zu entvölkern. Alle Straßen sind von Flüchtenden gestopft voll, die all ihr Hab und Gut zurücklassen, obdachlos und der größten Not preisgegeben, im Lande umherirren. Sie fürchten das Schicksal, das die Engländer St. Quentin, Cambrai und Douai bereitet haben und weisen mit Entschiedenheit unsere Aufforderung zurück, in den Ortschaften zu bleiben, bis wir sie geordnet ins Hinterland abschieben und ihre „Befreier“ sie aufnehmen können. Allein im Bereich einer Armee sind hunderttausend Flüchtlinge gezählt, und auf der ganzen ungeheuren Schlachtfront von Flandern bis zur Maas sind Hunderttausende dieser besammernswerten Opfer der gegnerischen Offensive von ihrer Heimat vertrieben.

## Aus aller Welt.

**\*\* Straßenbahnzusammenstoß als Jugendspiß.** Ein Berliner 15jähriger Straßenkehrer stellte eine Straßenbahnweiche um und bewirkte dadurch, daß ein in voller Fahrt befindlicher Wagen der Linie N in die falsch gestellte Weiche fuhr und mit einem einbiegenden Wagen zusammenstieß; dabei wurde der N-Wagen fast völlig zertrümmert. Die Fahrerin wurde zwischen den Wagentrümmern bewußtlos hervorgezogen und schwer verletzt nach der Charitée gebracht. Von den Fahrgästen trugen zwei Damen schwere Verletzungen davon, und weitere erlitten Quetschungen der Hände. — Es gelang, den Uebelthäter zu ermitteln und festzunehmen.

Diese Erfahrung wird nun als Beweis für die Nothwendigkeit der Höchstpreise angeführt. Auch wenn man der Ansicht ist, daß die Höchstpreise bleiben müssen, wird man sich vor einer solchen Beweisführung hüten müssen. Denn in Riga sitzt eine Oberschicht, die sich im Kriege namenlos bereichert hat und jetzt eine Weile „Bettelbe“ macht. Dann aber wird eben in Riga alles aufgekauft und nach Deutschland geschleppt, was den Schleichhändlern nur in die Finger fällt.

Hersteller, auch des beliebten Delwachs-Leberpfluges Nigrin: Karl Bentner, Wöppingen (Wstbg.)